



## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Kayenburg (CDU)

und

## Antwort

der Landesregierung - Minister für Finanzen und Energie -

### Schließung des Zollfahndungsamtes Kiel

1. Ist der Landesregierung bekannt, dass das Bundesministerium der Finanzen beabsichtigt, das Zollfahndungsamt Kiel zu schließen und evtl. auch die Standorte Flensburg und Lübeck von entsprechenden Neuorganisationsmaßnahmen betroffen sind?

Nein, entsprechende Hinweise vom Bundesministerium der Finanzen liegen der Landesregierung bisher nicht vor.

Die für die Zollverwaltung in Schleswig-Holstein zuständige Oberfinanzdirektion Hamburg hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass die inneren und äußeren Strukturen der Zollfahndungsämter derzeit bundesweit durch interne Arbeitsgruppen mit dem Ziel einer Zusammenlegung zu größeren Einheiten untersucht werden. Es wird erwartet, dass die Arbeitsergebnisse dem Bundesministerium der Finanzen in der ersten Hälfte des nächsten Jahres zur Auswertung vorliegen werden.

Konkrete Aussagen, inwieweit Zollfahndungsstandorte in Schleswig-Holstein von Schließungen betroffen sein könnten, sind deshalb zur Zeit nicht möglich.

2. Welche Auswirkungen haben nach Auffassung der Landesregierung diese Neuorganisationsmaßnahmen auf die betroffenen Standorte und Mitarbeiter der Zollverwaltung?

Siehe Antwort zu Frage 1, Aussagen sind zur Zeit nicht möglich.

3. Hat die Landesregierung sich für die Erhaltung dieser Bundesbehörden in Schleswig-Holstein eingesetzt?  
Wenn ja, in welcher Form?  
Wenn nein, warum nicht?

Siehe Antwort zu Frage 1.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat bereits im Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Abzug des Bundesteils aus der Oberfinanzdirektion Kiel gegenüber dem Bundesfinanzminister nachdrücklich geltend gemacht, zum Zwecke des Ausgleichs gerade die hiesigen Ortsdienststellen der Zoll- und Bundesvermögensverwaltung durch Übertragung von bisher in der Mittelinstanz wahrgenommener Aufgaben zu stärken. Die Landesregierung wird die weiteren Planungen des Bundes zu den Zollfahndungsämtern beobachten und sich auch weiterhin dafür einsetzen, im Rahmen des Machbaren möglichst viele Arbeitsplätze in der Zollverwaltung in Schleswig-Holstein zu erhalten